Landtag ringt um Integrationsk

Südtiroler Landesparlament fordert landesweites Modell für die Nomaden

BOZENO (ab). Wieder Debatte um die Integration von Nomaden und Zigeunern in Südtirol. Im Südtiroler Landtag standen zwei Beschlussanträge zur Diskussion, einer von den Grünalternativen, der andere von der Lega Nord. Genehmigt wurde nach mehrstündiger, unfruchtlicher Diskussion der Beschlussantrag der Grünalternativen, der die Landesregierung verpflichtet, ein landesweites Generalkonzept zur Lösung des Problems der Nomadenunterkünfte zu erstellen.

Die Grünalternativen fordern die sofortige Aktivierung des Koordinierungskomitees, bestehend aus Gemeinden, Regierungskommissariat, Bezirksgemeinschaft, Polizei und Wohlfahrtsverbänden. Es soll unverzüglich bei der Regierung in Rom auf die Unterbindung der illegalen Einwanderung drängen. Außerdem sollen zusammen mit dem Gemeindevorstand neue Wohnplätze für Nomaden ausfindig gemacht werden.

Die Südtiroler Volkspartei hat Zusätze zu diesem Beschlussantrag eingebracht, die u. a. soziale Hilfeleistungen für Nomaden, die Integration von Sinti- und Roma-Kindern in das Schulsystem und die Unterstützung von schwangeren Zigeunerfrauen vorsehen.

Der Vertreter der Lega

Nord, Umberto Montefiori, forderte in seinem schließlich abgelehnten Beschlussantrag den Bozner Bürgermeister auf, für volle Legalität und Ordnung in den Nomadenlagern der Stadt zu sorgen, und meinte: „Die Betriebe in Bozen-Süd sind immer wieder Zielscheibe von Schikanen und Vandalenakten. Dies ist nicht länger hinzunehmen. Es muß endlich Schluß sein mit Fürsorgemaßnahmen zugunsten von Menschen, die aus

freien Stücken ein Nomadenleben führen.“

Roland Atz (SVP), in Sachen Zigeuner schon öfters ins Fettnäpfchen getreten, forderte die Aufteilung der Nomadenlager auf alle Gemeinden Südtirols und verwies darauf, daß „in Bozen bereits ein Lager eingerichtet wurde und ein zweites in einigen Monaten zur Verfügung stehen wird“. Eva Klotz (Union für Südtirol) und Pius Leitner (Freiheitliche) forderten eine Regelung des

weiteren Marco Nazionalen für Non Schlarai Schla falsche gibt es 2 ger, die und Was sanitäre diesem V zündung

Schüler sammeln Unterschriften: Russische Familie soll hier bleiben

LANDECK (hwe). Nach abenteuerlicher Flucht gelangte eine russische Familie nach Österreich. Illegal. Mit gefälschten Unterlagen. Endstation vorläufig Landeck. Derzeit hofft die Familie nur eines: Daß ihr Aufenthalt legalisiert wird. Die Entscheidung muß bis Juni fallen.

Das ungewisse Schicksal der Familie nahm vor drei Jahren seinen Lauf. Vater, Mutter und der damals neunjährige Sohn kamen illegal nach Österreich. Ein Asylantrag wurde abgewiesen. Nächste Hiobsbotschaft: Aufenthaltsverbot. Wegen der gefälschten Unterlagen. Dazu kommt, daß

der Vater früher beim KGB (russischer Geheimdienst) war. Als „kleiner Fisch“, wie er gegenüber engsten Vertrauten in Landeck zugibt.

Die Familie dürfte es dem energischen Einsatz der Vertrauten zu verdanken haben, daß die Vollstreckung des Aufenthaltsverbotes vom Ministerium ausgesetzt wurde. Bis kommenden Juni. Zwischen durch erhielt der Vater eine Arbeitserlaubnis und nahm kurzfristig eine Stelle an.

Der inzwischen 12jährige Sohn Anton besucht das Landecker Gymnasium. Mitschüler und Lehrer wissen von seinem Schicksal. Sie initiierten eine

Unterschriftenaktion für den Verbleib der Familie.

Auf politischer Ebene legt sich NR Walter Guggenberger ins Zeug: „Bei dieser Familie sind die Umstände besonders schwierig. Trotz alledem hoffe ich, daß die vielen menschlichen Aspekte ausschlaggebend sein werden.“

Im Innenministerium ist Dr. Widemann mit dem Fall befaßt: „Der Aufenthalt wurde aus menschlichen Überlegungen geduldet. Wir werden den Fall neuerlich überprüfen. Wenn die Familie in Landeck willkommen ist, so gibt es zumindest Perspektiven, den Aufenthalt zu legalisieren.“

2.8.10.2.95 TT

2.8.10.2.95